

«Chancen grösser als Risiken»

Klimawandel und Tourismus: Eine kritische, aber keineswegs pessimistische Beurteilung für das Ferienland Schweiz

«2030: Der Schweizer Tourismus im Klimawandel»: Die Schneesicherheit wird zwar abnehmen, die Wetterkapriolen werden zunehmen, die Gletscher werden weiter schmelzen – doch Schweiz Tourismus sieht Gründe, im Klimawandel auch Chancen zu sehen.

WALTER DÄPP

«Die Klimaänderung eröffnet dem Schweizer Tourismus auch Chancen, die er innovativ nutzen kann, ohne gleichzeitig den Klimaschutz zu gefährden»: Zu diesem Schluss kommt eine von Schweiz Tourismus eingesetzte Projektgruppe. Das von Hansruedi Müller und Fabian Weber vom Forschungsinstitut für Freizeit und Tourismus der Universität Bern (FIF) geleitete Team zählt die Klimaänderung zu den «grössten Herausforderungen unserer Zeit». Der Tourismus sei «ein wichtiger Verursacher von CO₂-Emissionen und ein zentraler Betroffener zugleich». Deshalb sei er aufgerufen, «eine aktive Klimapolitik zu betreiben».

Der Klimawandel treffe den Schweizer Tourismus folgendermassen: Insbesondere in unteren Lagen nehme die Schneesicherheit ab, die Winteratmosphäre werde seltener; die Wetterkapriolen und Wärmeperioden würden häufiger; Gletscher gingen zurück; Landschaftsveränderungen und Naturgefahren nähmen zu.

Verantwortung wahrnehmen

In diesem «Klimabericht 2030» von Schweiz Tourismus wird festgehalten, der Tourismus sei bereit, zur Verminderung der Klimagase beizutragen – «sei es durch Energie-sparmassnahmen, durch die Förderung klimafreundlicher Verkehrsträger, durch technische Innovationen, durch Lenkungsabgaben auf CO₂-Emissionen oder durch Kompensation von Klimagasen». Und: Der Tourismus habe auch «unzählige Möglichkeiten, sich laufend und vorausschauend



Sonnenbad in der Sommerfrische – auch wenn die Gletscher schmelzen: Aussichtsterrasse Diavolezza mit Piz Palü.

ARNO BALZARINI/KEYSTONE

der Klimaänderung anzupassen» – etwa durch Massnahmen zur Sicherung des Schneesports, durch Verstärkung der Gefahrenabwehr und Verminderung von Risiken «bis hin zur Sensibilisierung der Branche und der breiten Bevölkerung».

Die Chancen nutzen

In ihrer Beurteilung sind die Berner Tourismuswissenschaftler zusammen mit einer vorwiegend aus Touristikern zusammengesetzten Begleitgruppe zur Überzeugung gelangt, dass sich für das Ferienland Schweiz durch den Klimawandel auch Chancen eröffnen. Der Bergtourismus gewinne als «Sommerfrische» an Attraktivität, ebenso der Badetourismus in Seeregionen; hoch gelegene Schneesportorte hätten im internationalen Vergleich einen Standortvorteil; wenn es im Mittelmeerraum zu heiss werde,

verbessere sich die Konkurrenzsituation zugunsten der Schweiz; und durch die «Mediterranisierung» des Klimas in Mitteleuropa würden auch die Städte als Sommer-Reisedestinationen attraktiver. Fazit: «Die Chancen und Risiken sind als Tendenzen zu verstehen – wobei die Chancen für die meisten Regionen tendenziell überwiegen, wenn die richtigen Massnahmen getroffen werden.» Hauptsächliche Verlierer würden jedoch die Voralpengebiete.

Es sei davon auszugehen, schreibt die Studiengruppe, dass die Touristen künftig sensibler auf Klimafragen reagierten und auch ihr Verhalten entsprechend anpassen: «Möglicherweise wird dadurch die Nähe und das Einfache attraktiver – eine grosse Chance, die vom Schweizer Tourismus genutzt werden kann.» Die Rede ist dabei

auch vom «Trend zu Verzicht und Langsamkeit», aber auch zu «neuem Luxus»: Die Schweiz habe gute Voraussetzungen, um das zunehmende Bedürfnis nach «neuem Luxus» zu befriedigen. Mit der Klimaänderung werde der Schneesport «exklusiver und kapitalintensiver».

«Mobiler, älter, wertebewusster»

Müller rechnet mit folgenden Trends: Trend zur Individualisierung, zu Sicherheit und hohem Anspruch, zum Erlebnis, zu mehr Wohlbefinden in den Ferien, zu behaglicher Umgebung, zu Wärme in der Ferne, zu billigeren Reisen, zu häufigeren und kürzeren Reisen, zu spontanen Reiseentscheidungen und zu mobilem Reiseverhalten.

Gemäss David Bosshart vom Gottlieb Duttweiler Institut (GDI) werden die Gäste in Zukunft mobiler, älter, reifer, sozialer, werte-

bewusster und weiblicher. Verschiedene Aktionsfelder würden deshalb für den Tourismus an Bedeutung gewinnen: «Zum Beispiel Gesundheit, Schönheit, Produktivität und Nachhaltigkeit.»

Die Studie rechnet damit, dass sich aufgrund dieser touristischen Trends einige Konfliktfelder zuspitzen werden: «insbesondere der wachsende Druck auf die letzten natürlichen Reserven». Die Reisenden würden tendenziell «vielleicht etwas umweltbewusster», handeln jedoch kaum umweltverantwortlicher – und zeigten «ein sehr opportunistisches Umweltverständnis»: Umweltschäden würden dann wahrgenommen, wenn «das persönliche Ferienglück infrage gestellt ist». Und: Die Klimaänderung könne «mit den Sinnesorganen kaum oder gar nicht wahrgenommen werden».

Ein Privileg für die Hausärzte

Ständeratskommission will nur noch Grundversorgern einen Kassenvertrag garantieren

Nur noch Hausärzte sollen einen Vertrag mit den Kassen auf sicher haben. Bei den Spezialisten will es die ständerätliche Gesundheitskommission den Kassen überlassen, mit wem sie zusammenarbeiten. Die Ärzteschaft will sich aber nicht spalten lassen.

MARKUS BROTSCHI

Seit Jahren diskutiert das Parlament über eine Abkehr vom heutigen Kontrahierungszwang. Dieser ermöglicht es allen frei praktizierenden Ärzten, zulasten der Grundversicherung abzurechnen. Bisher scheute sich die Politik davor, die Vertragsfreiheit einzuführen, weil die Ärzteschaft immer mit dem Referendum drohte und bei einer Volksabstimmung gute Chancen hätte. Die ständerätliche Gesundheitskommission (SGK) ist deshalb auf der Suche nach einer milden Form der Vertragsfreiheit. Allerdings tut sie sich auch damit schwer. Im Februar hatte sich die SGK dafür ausgesprochen, dass künftig nur noch Ärzte einen Kassenvertrag auf sicher haben, die sich einem kostensparenden Netzwerk anschliessen. Solche Netze hätten Budgets einzuhalten und

Behandlungen ihrer Patienten zu koordinieren. Doch die Akteure des Gesundheitswesens – von den Ärzten über die Kantone bis zu den Kassen – erteilten dem Vorhaben eine Absage.

Nun nimmt die SGK einen Vorschlag von Gesundheitsminister Pascal Couchepin auf: Nur noch Grundversorger sollen Anrecht auf einen Vertrag haben, für Spezialisten gälte Vertragsfreiheit. Die Kassen könnten frei entscheiden, mit welchen Spezialisten sie künftig über die Grundversicherung abrechnen wollten. Ziel dieser selektiven Vertragsfreiheit ist es, Hausärzte gegenüber Spezialisten aufzuwerten und so dem Hausarztmangel entgegenzuwirken.

Wer ist Grundversorger?

Doch auch bei dieser Form der Vertragsfreiheit sind die Erfolgsaussichten der SGK nicht allzu gross. «Die Ärzteverbände FMH ist gegen die Ungleichbehandlung von Spezialisten und Hausärzten», sagt der stellvertretende FMH-Generalsekretär Hanspeter Kuhn. Der Verband der chirurgisch und invasiv tätigen Ärzte (FMCH) beharrt ebenfalls auf dem heutigen Vertragszwang, der für Ärzte aller Fachrichtungen gilt. Dem FMCH gehören 5000 Mediziner an, Chirurgen, Augenärzte, Hautärzte und andere

Facharztgruppen. Selbst die Hausärzte haben sich bisher immer gegen eine Aufspaltung gewehrt.

Für eine differenzierte Vertragsfreiheit will die SGK bis Mitte Mai vor allem die heikle Frage der Abgrenzung lösen. Zu klären ist etwa, ob Gynäkologinnen oder Psychiater zur Grundversorgung gehören. Die Grenzziehung ist schwierig und droht zum Juristenfutter zu werden. Viele Ärzte, die eine Spezialistenausbildung haben, sind auch als Hausärzte tätig. So etwa Kardiologen oder Gastroenterologen, die gleichzeitig einen Facharzttitel für Innere Medizin haben.

Die Krankenversicherer werden zwar die Vertragsfreiheit «light» unterstützen, sich aber kaum ins Zeug legen. «Wir unterstützen alles, was in die richtige Richtung geht», sagt Felix Schneuwly, Sprecher des Verbandes Santésuisse. Die Kassen wollen die völlige Vertragsfreiheit, wobei die Kantone in einzelnen Regionen den Vertragszwang einführen könnten, um eine Unterversorgung zu verhindern.

Auch Konsumentenschützerin Simonetta Sommaruga gibt dem Vorschlag der SGK wenig Chancen. «Das ist eine halbbratige Lösung», sagt die Berner SP-Ständerätin. Auch sie hält die Definition der Grundversorger für schwierig. «Zudem gibt es in den Städten

nicht zu wenig Grundversorger.» Und auch die Grundversorger müssten zur Koordination ihrer Behandlungen gebracht werden. Wenn nun die Grundversorger generell einen Kassenvertrag bekämen, bestehe dazu kein Anreiz. Sommaruga plädiert für die Förderung von Managed-Care-Modellen, etwa Ärztenetzen. Nötig sei ein Anreiz für die Patienten, sich solchen Modellen anzuschliessen, etwa mit tieferen Selbsthalten. Solche kostengünstigen Modelle liessen sich auch ohne die Aufhebung des Vertragszwangs fördern, glaubt Sommaruga. Wenn die Patienten Managed Care verlangten, würden die Ärzte dies anbieten.

Es droht eine Ärzteschwemme

Die SGK muss neben der Vertragsfreiheit noch ein viel dringenderes Problem lösen. Am 2. Juli läuft der Zulassungsstopp aus, mit dem in den letzten sechs Jahren eine Ärzteschwemme aus der EU verhindert werden sollte. Der Ständerat will die ungeliebte Massnahme nochmals um 2 Jahre verlängern; bis dann soll die Nachfolgeregelung in Form der Vertragsfreiheit vorliegen. Der Nationalrat sprach sich aber im März gegen eine weitere Verlängerung des Ärztestopps aus. Damit droht ab Juli ein massiver Zustrom von EU-Ärzten.

Ausnahmslos für Personenfreizügigkeit

WIRTSCHAFT Die Bilateralen sind der Wirtschaft wichtig: Nur 3 Prozent der Mitglieder der grossen Wirtschaftsverbände erachten die aktuelle Europapolitik als unbefriedigend. 100 Prozent stehen aber hinter der Fortführung der EU-Personenfreizügigkeit. Dies zeigt eine Umfrage des Wirtschaftsverbands Economiesuisse und des Arbeitgeberverbands (SAV). Anlass für die Umfrage ist die Fortführung des Freizügigkeitsabkommens mit der EU sowie die Ausweitung auf Rumänien und Bulgarien, über die 2009 an der Urne entschieden wird. Die Umfrage bestärke die Verbände, mit grösster Entschlossenheit für die Fortführung des bilateralen Weges zu kämpfen, sagte Economiesuisse-Geschäftsführer Pascal Gentinetta vor den Medien.

Zwei Drittel aller Befragten messen den bilateralen Verträgen eine starke bis mittelstarke Bedeutung für ihre Unternehmen zu. Nur 10 Prozent gaben an, ihre Unternehmen seien davon nur schwach bis gar nicht betroffen.

Der freie Personenverkehr wird von keinem einzigen Unternehmen infrage gestellt. 83 Prozent erachten die Fortführung als «wichtig bis sehr wichtig» für die Schweizer Wirtschaft. 97 Prozent plädieren für die anstehende Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Mitglieder Rumänien und

KURZ

Flugverkehr eingeschränkt
EURO 08 Der Bundesrat will an Spieldagen der Euro 08 bei besonderer Gefährdungslage zivile Flüge im Bereich der Stadien verhindern können. Er hat eine Einschränkung des Flugverkehrs beschlossen, die jeweils zwei Stunden vor Spielbeginn in Kraft tritt und für einen Zeitraum von sechs Stunden gilt. Ohne besondere Anzeichen einer Gefährdung gelten die Einschränkungen im Umkreis von rund 22 Kilometern um die Stadien und bis auf eine Höhe von rund 3000 Metern. Bei einer kritischeren Einschätzung kann die Beschränkungszone auf 45 Kilometer ausgedehnt werden. (ap)

Tribunal dementiert

DEL PONTE Das Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien hat Aussagen seiner früheren Chefanklägerin Carla Del Ponte klar widersprochen. Es gebe keine Hinweise auf den in ihrem kürzlich erschienenen Buch behaupteten Organhandel-Ring in Kosovo unter Beteiligung führender Politiker. Auch nach intensiven Ermittlungen gebe es keine «substantiellen» Hinweise, die eine Einschaltung des Kriegsverbrecher-Tribunals erlauben, sagte die Sprecherin von Chefankläger Serge Brammertz, Del Pontes Nachfolger in Den Haag. (sda)

Prioritäten der Regierung

NACHHALTIGKEIT Der Bundesrat hat den Aktionsplan für die nachhaltige Entwicklung 2008 bis 2011 gutgeheissen. Die Strategie beinhaltet 30 Massnahmen und gibt Linien für acht prioritäre Schlüsselherausforderungen vor – Klimawandel und Naturgefahren, Energie, Raumentwicklung und Verkehr, Nutzung der natürlichen Ressourcen, sozialen Zusammenhalt, bei der Wirtschaft Konsum und Produktion, Demografie und Migration, Gesundheit und Bewegung sowie globale Herausforderungen. (sda)

Volksinitiative abschaffen

BUNDESRAAT Auch der Bundesrat will auf die Allgemeine Volksinitiative verzichten, die erst 2003 eingeführt wurde. Sie ist für den Bundesrat «nicht praxistauglich», darum unterstütze er den Vorstoss des Parlaments. Zur Streichung des Artikels aus der Verfassung wird es erneut die Zustimmung von Volk und Ständen brauchen. (sda)

Bulgarien. Nicht weil deren Arbeitskräfte für sie von Bedeutung wären, sondern um eine Suspendierung des bilateralen Weges durch die EU zu vermeiden.

Laut SAV-Direktor Thomas Daum hat der Schweizer Arbeitsmarkt vom Zuzug qualifizierter Arbeitskräfte stark profitiert. Einen Verdrängungseffekt für Schweizer Arbeitskräfte habe es nicht gegeben. Einen Ausbau der flankierenden Massnahmen hält Daum für nicht notwendig.

Skeptischere Gewerbler

Der an kleinen und mittelgrossen Betrieben orientierte Gewerbeverband (SGV) sitzt bezüglich Bilateralen grundsätzlich im gleichen Boot wie Economiesuisse und Arbeitgeberverband, betonte SGV-Direktor Pierre Triponez. Die Antworten in einer eigenen Umfrage seien ähnlich ausgefallen, obwohl nur 15 Prozent der SGV-Unternehmen exportorientiert seien.

Deutliche Unterschiede zeigen sich allerdings bei der Ausweitung der Personenfreizügigkeit: Dazu äusserte sich nur knapp die Hälfte der SGV-Mitglieder positiv, 22 Prozent gaben sich «neutral», 29 Prozent lehnten eine Ausweitung auf Rumänien und Bulgarien ab. Dennoch dürfte laut Triponez auch der SGV klar für die Fortführung der Bilateralen eintreten. (sda)